Einzelnummer 30 Milliarden

Fern-Ausgabe

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatlich 231 Milliarden freibl.; Ausland 4 schweiz. Fr. einschließlich Porto. Erscheint täglich morgens, außer Montags, Hoh. Gewalt schließt Ersatz aus. Schriftleit., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernspr. Ortsgespr. Sammel-Nr.: 7011. Ferngespr. 17689-17692); ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigen-Tagespreis: Grundzahlen für Gesamtauflage: Die 12-gespaltene mm-Zeile 55 Mk. (auswärts 100 Mk.). Rabatt nach Tarif. Private Familienanzeigen 25 Mk. Gelegenheitsanz. priv. Natur u. Stellengebote 25 Mk. Stellengesuche 18 Mk. Amtl. Anzeigen (Doppelmm-Zeile) 100 Mk., für ausw. 210 Mk. Reklamez. 425 Mk., für ausw. 560 Mk. Alles mal Schlüsselzahl 350 Millionen. Amtl. Sonntagsaufschlag. Postscheckkonto Leipzig Nr. 3004. Erfüllungsort Leipzig.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig.

Nr. 270 — Verantwortlich für den Text: Chefredakteur P. Goldstein, Leipzig. Verantwortlich für Inserate: Oswald Müller, Leipzig-Raunhof. Eigentum, Druck und Verlag: Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H. — Mittwoch, den 14. November 1923 — Berliner Schriftleitung: Kochstraße 21 (Fernsprecher 3600—3668) Dresdner Schriftleitung: Gabelsbergerstr. 24 (Fernsprecher 34793) Hallesche Schriftleitung: Leipziger Straße 21 (Fernsprecher 5588) — 117. Jahrg.

Deutschland und die Welt

B—l. Das deutsche Volk darf sich von dem Hexenreigen seiner wirtschaftlichen und innerpolitischen Sorgen den Ausblick in die Weite der Welt nicht versperren lassen. Draußen vollziehen sich Entwicklungen, die unser Schicksal wohltätig beeinflussen können, wenn wir sie nur richtig auszunutzen verstehen. Dies gilt in erster Reihe von dem Bemühen der angelsächsischen Großmächte, eine gemeinsame Plattform zu finden, um den europäischen Dingen eine vernünftige Richtung zu geben. Die Nachkriegsfrage, wie sich Großbritannien und die Vereinigten Staaten weltpolitisch zueinander stellen würden, ist schon seit einer ganzen Weile grundsätzlich im Sinne eines auf die Kulturgemeinschaft gegründeten Zusammenwirkens entschieden. Die Vereinigung des englisch-amerikanischen Verschuldungsproblems war die erste praktische Bekundung des Willens zu einer solchen Gemeinschaft. Nun bietet die schauerliche Zerrüttung Deutschlands den Kabinetten von London und Washington eine neue Möglichkeit zu solidarischem Verfahren.

In den großbritannischen Ländern wie in den Vereinigten Staaten ist man sich endgültig darüber klar geworden, daß das hartnäckig erstrebte Ziel der französischen Politik in der Auflösung des Deutschen Reiches besteht. Den Nordamerikanern ist durch Poincarés Sabotage an dem Plan einer ernsthaften Untersuchung der deutschen Verhältnisse der letzte Schleier von den Augen weggenommen worden und sie warten jetzt nur noch auf das Stichwort, um mit einer zum Teil humanitär, zum Teil wirtschaftlich-politisch angelegten Aktion zum besten unseres Vaterlandes auf den Plan zu treten. Ihre Bereitschaft entspringt gewiß nicht ausschließlich idealistischen Antrieben, so wenig wie diejenige des Britischen Reiches, aber darin liegt keine Minderung ihres Gewichts. Spielt London den maßgebenden Washingtoner Instanzen den Ball mit der erforderlichen Geschicklichkeit zu, dann dürfen wir Deutschen eine Wendung zum Besseren erhoffen.

Voraussetzung ist freilich, daß die Kabinette der angelsächsischen Mächte ihr diplomatisches Tempo gegen das bisherige Zeitmaß ganz wesentlich beschleunigen. Herr Poincaré hat schon gemerkt, wohin die Fahrt gehen soll, und er ist mit dem der französischen Politik von jeher eigenen Raffinement bereits dabei, seine Minen zu streuen. Um zu verhüten, daß der Sachverständigenausschuß schließlich doch noch als ein vollwertiger Organismus das Licht der Welt erblicke, hat er den Gedanken eines solchen Komitees seinerseits aufgegriffen und ihn in der Ueberzeugung, daß damit alle Gewähr für die Geburt eines Wechselbalges geboten sei, der famosen Reparationskommission zu schleunigster Verwirklichung überantwortet. Parallel mit dem Bestreben, die angelsächsische Gegenpartei am Verhandlungstisch mattzusetzen, laufen Handlungen, die darauf abzielen, rasch noch eine ganze Anzahl vollendeter Tatsachen zugunsten Frankreichs zu schaffen. Die schamlose Wiederholung der seinerzeit in Oberschlesien angewandten Methode durch die französischen Behörden im besetzten Gebiet bezweckt, daß die sogenannten Separatisten an ihr von Paris aus bestimmtes Ziel gelangen sollen, ehe ihnen Europa die verdienten Handschellen anlegen könnte, und allerneuestens muß die Rückkehr des deutschen Kronprinzen als Vorwand für „Garantie"-Forderungen dienen, die auf eine Trennung von Nord- und Süddeutschland hinauskommen.

Höchste Geschlossenheit des deutschen Volkes und äußerste Aktivität seiner Regierung täte not, aber was zeigt der Augenblick? In der Ordnungszelle Bayern schwelt noch immer die Hakenkreuzler-Glut, die Wirtschaftsnot schwillt weiter an, und Herr Dr. Stresemann fühlt sich anscheinend noch nicht einmal gedrängt, sein Rumpfkabinett wieder zu vervollständigen. Daß er uns enthüllte, welchen Kurs er denn eigentlich steuern will, davon ist überhaupt keine Rede. Was er am Sonntag in Halle ausgeführt hat, trug zu sehr den Charakter einer Rechenschaftsablegung vor Parteigenossen, als daß es der Volksgesamtheit Aufklärung geboten hätte. Wir denken von den Gaben und den Absichten des gegenwärtigen Reichskanzlers durchaus nicht gering, aber das Format eines Staatsmannes, dem man in so schwerer Zeit das Schicksal eines Sechzig-Millionen-Volkes schweigend anvertrauen dürfte, wird er sich wohl selber nicht zuschreiben. Wir wollen wissen, woran wir mit ihm sind, und wir wünschen ihm mit dem Worte Nietzsches: **ein Ja, ein Nein, eine gerade Linie, ein Ziel.**

Die Bestattung der Münchner Toten

Fortbestand der nationalistischen Organisationen

Von unserem nach München entsandten Redaktionsmitglied

H. W. München, 13. November. (Eig. Tel.) General Ludendorff hat sich „freiwillig" wieder in die Untersuchungshaft begeben. Er hatte auch Hitler durch einen Offizier auffordern lassen, sich zu ergeben. Auf diese Weise hat man in dem Volke den Glauben erweckt, daß die beiden sich keiner Schuld bewußt seien. Hitler und Ludendorff gelten als die Helden, die von Reichswehr und Landespolizei verraten wurden. Die von Hitler verhetzte Jugend ist durch die Vorgänge vom Freitag geradezu fanatisiert worden. Die Studenten nennen Kahr nur mehr Vaterlandsverräter und drohen ihm mit den „Truppen", die sich augenblicklich in der Gegend von Hohenkirchen sammeln sollen. Die Aufrufe des Generalstaatskommissars werden meist abgerissen.

Ueber die Rolle, die Kahr in der Nacht zum Freitag gespielt hat, wird in der Münchner Presse ein scharfer Kampf geführt. Der Führer des Bundes „Oberland", Dr. Weber, behauptet in einer längeren Erklärung, daß Kahr aus freien Stücken sich an der Umsturzbewegung beteiligt habe, von einer Drohung mit Waffen sei überhaupt keine Rede gewesen. Lossow habe geäußert, wenn Ludendorff seine Mitarbeit wünsche, so sei ihm diese Bitte Befehl. Die Kahrpartei dagegen erklärt, daß Hitler im Bürgerbräu ständig mit dem Revolver herumgefuchtelt und geäußert habe: „Vier Kugeln habe ich in der Pistole — drei für meine Mitarbeiter, wenn sie mich verraten, und die vierte für mich!" Kahr war, wie jetzt feststeht, früher bereit, auf gewaltsame Weise einen Umschwung herbeizuführen. Die Annahme, daß er den Hitler-Putsch mitgemacht hätte, wenn Aussicht auf Erfolg vorhanden gewesen wäre, dürfte also richtig sein. Auch die Münchener Reichswehr sympathisiert sehr stark mit Hitler. Als am Donnerstag abend die Organisation „Reichsflagge" das Wehrkreiskommando besetzte, stand der Reichswehrposten vor den Offizieren stramm und begrüßte die eindringenden Irregulären mit „Heil!" Deshalb wurden starke Reichswehrkräfte von auswärts herangezogen.

Heute mittag wurden auf den verschiedenen Friedhöfen die am letzten Freitag erschossenen Angehörigen der Kampfverbände bestattet. Im Waldfriedhof, wo der Führer der „Reichsflagge", Leutnant Kufella, beerdigt wurde, hatten sich zahlreiche Studentenverbindungen mit Fahnen und Abordnungen der Kampfverbände eingefunden. Die Offiziere der aufgelösten Verbände waren in Uniform und mit Schußwaffen erschienen. Die zahlreichen Reden klangen alle aus in eine Aufforderung, die Toten vom Freitag zu rächen und trotz des Verbotes die völkischen Organisationen weiter zu erhalten.

Die Auflösung der Kampfverbände besteht überhaupt nur auf dem Papier. In Wirklichkeit denken die Offiziere gar nicht daran, die von ihnen geschaffenen Organisationen aufzulösen. Mit Gewalt, wie seinerzeit die sozialdemokratischen Schutzverbände, werden sie aber nicht aufgelöst. Die Bünde kommen sogar seit Freitag jeden Abend in ihren Bierlokalen zusammen, um die Befehle der Führer entgegenzunehmen.

Daß die Gefahr weiterer Beunruhigungen in München noch immer nicht gebannt ist, sieht man schon daraus, daß durch die Straßen des Zentrums von Zeit zu Zeit geschlossene Abteilungen der Reichswehr marschieren und überall Schutzmann-Doppelposten patrouillieren. Vor den zerschlagenen Geschäftsräumen der „Münchener Post" steht ein Doppelposten der Reichswehr. In den „Münchner Neuesten Nachrichten" ist ein Zug Reichswehr untergebracht, weil das Blatt in einigen Aufsätzen scharf gegen Hitler Stellung genommen hat. Nach 10 Uhr abends darf niemand mehr auf der Straße sein.

*

München, 13. November. (Eig. Tel.) Admiral a. D. Vollerthun, ein Freund und Vertrauter Ludendorffs, Politiker der „Münchner Neuesten Nachrichten", erzählt, daß der Großadmiral v. Tirpitz am 7. November an ihn einen Brief gerichtet habe, in dem vor einem Zusammenprallen der Kampfverbände mit der Reichswehr gewarnt wird. Herr Vollerthun hat diesen Brief sofort an die zuständigen Stellen weitergeleitet und folgert daraus, daß Herr v. Kahr somit über die neuesten Dinge hinreichend informiert war.

Der ahnungslose Ludendorff

München, 13. November. Die Behauptung Ludendorffs, er habe von den Vorgängen vor der Versammlung im Bürgerbräu-Keller nichts gewußt, versucht der „Bayerische Kurier" durch Hinweis auf einen Vorfall zu entkräften, der sich am Donnerstag vormittag vor einem Münchener Gericht abgespielt hat. Dort war man bei der Verhandlung einer Streitsache, bei der Ludendorff die Rolle der einen Partei hatte. Als man um 1 Uhr mittags noch nicht zu Ende gekommen war, wollte die Gegenpartei die Verhandlung bis zum Nachmittag aussetzen. Ludendorffs Anwalt Zezschwitz erklärte das für unmöglich, weil der General um 4 Uhr eine wichtige Besprechung habe. Zezschwitz und Ludendorff schlugen einen Termin zu Anfang der nächsten Woche vor, womit die Gegenpartei nicht einverstanden war. Darauf soll sich Zezschwitz in erregter Weise geäußert haben: „In einer Zeit einer solchen politischen Spannung hat es gar keinen Zweck, sich um den Termin herumzustreiten, weil man nicht weiß, ob nicht der Termin durch die Ereignisse gegenstandslos wird. Schon die nächsten Stunden können eine Aenderung der jetzigen Verhältnisse bringen!" Ludendorff soll diesen Ausführungen lebhaft zugestimmt haben.

München, 13. November. (Eig. Tel.) Ludendorff gibt in der Presse eine Erklärung ab, in der er mitteilt, daß er sich entschlossen hat, sich in Schutzhaft zu begeben, da die ihm gemachten Zusicherungen bezüglich seiner Bewegungsfreiheit nicht eingehalten worden seien. Unter anderem wurde ihm das Telephon gesperrt und ihm nicht gestattet, sich zur Beerdigung seines Dieners zu begeben.

Der neueste Schachzug Poincarés

Paris, 13. November. (Eig. Tel.) Frankreich hat die Absicht, seinen Vorschlag in der heutigen Sitzung der Reparationskommission zu erneuern und die sofortige Anhörung der deutschen Vertreter zu beantragen. Die französische Delegation wird ferner den Antrag stellen, daß die Reparationskommission einen Sachverständigen-Ausschuß zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit ernennt.

Die Frage ist nunmehr, wie England sich zu dieser französischen Initiative stellen wird. Die englische Regierung ist offen bestrebt gewesen, die Reparationsregelung nach Möglichkeit der Reparationskommission zu entziehen. Der englische Delegierte Sir John Bradbury hat in einer Erklärung vor den englischen Pressevertretern freimütig geäußert, England halte eine Regelung durch die Reparationskommission bei der gegenwärtigen Zusammensetzung unmöglich. Falls England an dieser Auffassung festhält, wird es versuchen, den französischen Ausschußplan zu bekämpfen.

In hiesigen unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß die Reparationskommission heute die Anhörung der deutschen Vertreter beschließen wird. Frankreich ist, wie in amtlichen Kreisen verlautet, zur sofortigen Anhörung deutscher Vertreter bereit und wünscht sie sogar, obgleich das Abkommen mit den Ruhrindustriellen noch nicht unterzeichnet ist.

Die behutsame Aktivität der angelsächsischen Mächte

Frankfurt a. M., 13. November. (Eig. Tel.) Ueber die Bereitwilligkeit der Vereinigten Staaten zur Mitarbeit an den europäischen Dingen wird der „Frankfurter Zeitung" aus London gemeldet: Nach dem amerikanischen Berichten der führenden englischen Blätter ist der amerikanische Wunsch, an der Lösung der europäischen Fragen mitzuwirken, durch die Haltung Frankreichs keineswegs geschwächt worden, vielmehr wartet Washington nur eine Gelegenheit ab, erneut seine Dienste anzubieten. Das Wiederauftreten Wilsons wird als symptomatisch bezeichnet. Der Korrespondent der „Morningpost" meldet, Wilsons Rede, die auf die Oeffentlichkeit einen tiefen Eindruck gemacht und die, drahtlos übermittelt, für Millionen erreichbar gewesen sei, habe die Kooperation Nordamerikas zu einer der wichtigsten Fragen des Tages gemacht. Inzwischen reift, wie berichtet wird, ein umfassender Plan Hoovers für die Versorgung Deutschlands heran. Im übrigen besteht bis jetzt freilich weder in Washington noch in London Klarheit über das, was nun geschehen soll. Die Augen Amerikas sind zunächst auf England gerichtet. Es ist bemerkenswert, daß Amerika offenbar keine Pression gegen Frankreich in Betracht zieht, und daß die englische Regierung ebenfalls auf dem bisherigen Wege weiterarbeiten will.

Neuwahlen in England

London, 13. November. (Eig. Tel.) Das englische Kabinett hat gestern nach einer eingehenden Aussprache durch einen Mehrheitsbeschluß Baldwin ermächtigt, dem König vorzuschlagen, das Parlament, das heute zusammentritt, bereits Ende dieser Woche aufzulösen. Wahrscheinlich finden Neuwahlen am 5. und 6. Dezember statt. Sollte die politische Aussprache im Unterhause sich um einige Tage verzögern, so würden die Neuwahlen am 11. Dezember stattfinden.

Der Premierminister hat vom König gestern abend die Ermächtigung erhalten, Lord Birkenhead und Austen Chamberlain in das Kabinett aufzunehmen. Lord Birkenhead wird wahrscheinlich, nachdem der Wahlfeldzug beendet ist, das Amt des Lordkanzlers, das er bereits im Koalitionskabinett Lloyd Georges innehatte, erhalten. Chamberlain wird entweder das Kolonialministerium oder den einen der beiden Ministerposten der Brüder Cecil bekommen. Späterhin werden Lord Salisbury und Lord Robert Cecil ebenfalls ihre Aemter für eine Umbildung des Kabinetts zur Verfügung stellen.

Baldwin hat gestern den Sachverständigen-Ausschuß eingesetzt, der die Regierung über den endgültigen Entwurf des Zolltarifs beraten soll. Vorsitzender wird Lord Milner sein. Dem Ausschuß werden angehören: drei Industrielle, Vertreter der Textil- und der Schwerindustrie, ein Vertreter der Schiffahrt und zwei Professoren der Nationalökonomie.

Steuerermäßigung in Nordamerika

Washington, 13. November. (Eig. Tel.) Schatzsekretär Mellon erklärte, daß die Steuern um rund 300 Millionen Dollar im Jahre herabgesetzt werden könnten, und zwar schlägt er vor, die Einkommensteuer zu ermäßigen. Die Besteuerung der außerordentlichen Gewinne könne um 25 Prozent herabgesetzt und die gegenwärtig mit 4 Prozent besteuerten regelmäßigen Einkommen bis zu 8000 Dollar sollten nur bis zu 3 Prozent herangezogen werden; die Steuer für ein jährliches Einkommen über 8000 Dollar, die jetzt 6 Prozent beträgt, könne man auf 4 Prozent ermäßigen.

Ein Abkommen mit der Ruhrindustrie

Paris, 13. November. (Eig. Tel.) Nach einer Meldung des „Matin" ist bei den gestrigen Verhandlungen zwischen der Interalliierten Kommission und den deutschen Ruhrindustriellen ein Abkommen in den wichtigsten Punkten erzielt worden. Dieses Abkommen bezieht sich auf die Festsetzung des Betrages der Kohlensteuer in Vergangenheit und Zukunft, seinen Koeffizienten für die kostenlos zu liefernde Reparationskohle, auf eine bestimmte Anzahl Brennstoffe, die der Besatzungsarmee zur Verfügung gestellt werden sollen, ferner auf eine Menge der Unterprodukte, die der Entente zu liefern sind. Ueber die Zahlen, die in Frage kommen, bewahrt die Kommission Stillschweigen. Im übrigen müssen noch die letzten Beschlüsse getroffen werden. Man erwartet jedoch die Unterzeichnung des Abkommens für Mittwoch abend.

Dollarparitäten an Auslandsbörsen

am 13. November.

Auf Mark umgerechnet kostete 1 Dollar in London 3374 Milliarden Mark, in Zürich 2277 Milliarden Mark, in New York: Vorbörse 2857 Milliarden Mark.

Dollar in Berlin

amtlicher Mittelkurs: 840 Milliarden

1 Goldmark: 199,5 Milliarden Geld
200,5 Milliarden Brief

Goldanleihe 840 Milliarden

Dollarschatzanweisungen - Milliarden

Amerikanischer Geldmarkt

* Sonderkabel

Geldkurse der Vorbörse

	Vorbörse 13.	Parität in Milliarden 13.		Vorbörse 13.	Parität in Milliarden 13.
Berlin	0.000000036	2857	Amsterd.	37.93	1063.7
London	438.75	12536.7	Prag	286.75	82.5
Paris	560.25	160	Kopenhg.	—	—
Mailand	457.25	124	Schweiz	—	—
Zürich	17.50	802	Madrid	—	—